52. Jahrgang. № 100.

Freitag, 10. April 1908.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Konfirmations- u. Ostergeschenke empfehle ich meine Spezialität: Moderner Schmuck Gold-Silber 7 Prager Strasse Bernhard Schäfer.

Soporval, amerik. Baldrian-Extrakt, U. St. Ph. Gegen Schlaflosigkeit nervösen Ursprungs. Nur echt mit Marke „Mutter Anna". Flasche 1 Mark und 2 Mark. Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raden.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, vorwiegend trübe.

Die in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung vorgenommene **Wahl eines Stadtrates** hatte trotz dreier Wahlgänge **keinen Erfolg.**

Der **Bundesrat** hat dem Vereins- und Börsengesetz bereits seine Zustimmung erteilt.

Außer Dernburg wird auch v. **Lindequist** eine Afrikareise antreten.

Als Nachspiel zum Pressestreik wird das Ausscheiden des **Abgeordneten Gröber** aus dem Aufsichtsrate der „**Germania**" angesehen.

Am 14. d. M. beginnt in Berlin ein zweiter Prozeß wegen der **Wahlrechtsdemonstrationen.**

Das **ungarische Abgeordnetenhaus** nahm die Verschärfung der Geschäftsordnung an.

Präsident **Fallières** wird in Begleitung des Ministers **Pichon** am 25. Mai seine Reise nach **London** antreten.

Der französische Senat bewilligte 35 000 Francs für die Ueberführung der Leiche **Zolas** in das **Pantheon.**

Die amerikanische Regierung sendet diese Woche **2500 Mann** zur Beschleunigung der Befestigungsarbeiten nach den **Philippinen.**

In Sosnowice wurde der **Gehilfe des Polizeimeisters** und ein Polizeibeamter **erschossen.**

Der Block

geht mit einem stattlichen Erfolge in die Osterferien: Vereinsgesetz und Börsengesetz sind beide in dritter Lesung mit einer Mehrheit angenommen worden, die, wenn auch nicht gerade überwältigend, doch völlig hinreichend ist, um einen zuverlässigen Schlußstein in dem Gefüge des Blockhauses gegenüber den Sprengungsversuchen des aus Zentrum, Sozialdemokraten und Polen zusammengewürfelten Gegenblocks zu bilden. Die Mehrheit, mit der die genannten beiden Vorlagen angenommen wurden, betrug beim Vereinsgesetz 26 Stimmen — 194 gegen 168 —, beim Börsengesetz 35 Stimmen — 203 gegen 168 —, bei letzterem also noch 9 Stimmen mehr, während die Minderheit in beiden Fällen gleich blieb. Der Umstand, daß beim Börsengesetz die Blockmehrheit noch stärker war als beim Vereinsgesetz, läßt erkennen, daß man das Risiko beim Börsengesetz auf seiten der Blockparteien um einige Grade höher eingeschätzt hatte und deshalb vorsichtigerweise die Reihen noch fester zusammenschloß.

Die Vorgänge bei der parlamentarischen Erledigung des **Vereinsgesetzes** sind an dieser Stelle bereits eingehend auf ihre symptomatisch-politische Bedeutung gewürdigt worden. Es erübrigt daher nur noch, einen kurzen Rückblick auf die Verabschiedung des **Börsengesetzes** zu werfen, die in ihrer Art gleichfalls ein lehrreiches Bild der politischen Lage zeichnete, wie sie sich seit dem 13. Dezember 1906 gestaltet hat: auf der Blockseite der feste und ernste Wille, etwas Positives zu schaffen, gepaart mit Zuverlässigkeit in der parlamentarischen Pflichterfüllung, objektiver Ruhe und der zu jeder Kompromißarbeit erforderlichen Bereitwilligkeit zur Selbstbescheidung und zur Zurückstellung parteipolitischer Sonderwünsche; auf der Gegenseite der unverhohlene Unmut über die erfolgreiche Wirksamkeit des nationalen Gedankens und der parteipolitischen Vernunft, wie sie sich im beharrlichen Zusammenhalten des Blocks offenbart, und namentlich beim Zentrum ein höchst bezeichnender ärgerlicher Ausbruch von Uebelwollen gegenüber den Konservativen, die angeblich „um politischer Rücksichten willen die landwirtschaftlichen Interessen verraten hätten". Der konservative Redner Dr. Roesicke fertigte das Zentrum bei der zweiten Lesung wegen dieser Albernheit gebührendermaßen ab, und als dann der ultramontane Abgeordnete Herold nochmals darauf erwiderte, verhedderte er sich in seinem blinden Eifer dermaßen, daß er sich zu allerlei grotesken Behauptungen verstieg, welche die Lachlust des Hauses reizten. Vollends als der zornige Zentrumsmann erklärte, seine Partei habe so viel Rückhalt „im ganzen Volke", daß sie im Reichstage nicht nach Popularität zu haschen brauchte, gingen seine weiteren Ausführungen in einem homerischen Gelächter unter. Wenn das Zentrum mit aller Gewalt seine beim Vereinsgesetz geholte Abfuhr noch vergrößern wollte, so hätte es das nicht wirksamer tun können, als durch sein Verhalten bei der entscheidenden zweiten Lesung des Börsengesetzentwurfs. Von zurückhaltender Würde, die sich mit Manier in das Unabänderliche schickt, keine Spur. Statt dessen ein aufgeregtes, unangenehmes Wesen, das der Gewohnheit des Herrschens durchaus nicht entsagen kann und die Schale eines ohnmächtigen Zornes über die Häupter derjenigen entleert, deren zielbewußtes patriotisches Vorgehen die ultramontan-sozialdemokratisch-polnische Unnatur im Deutschen Reiche in den Winkel zurückgescheucht hat. Wenn jemand sich so gebärdet, wie das Zentrum in seiner gegenwärtigen Ausschaltung, trifft auf ihn genau das französische Sprichwort zu: „Vous vous fâchez, messieurs! Vous avez tort." „Sie ereifern sich, meine Herren! Folglich sind Sie im Unrecht!" Das nationale und moralische Recht ist zweifelsohne auf seiten der beiden großen, für die ehemals angemaßte Zentrumsherrschaft so verhängnisvoll gewordenen B „Bülow und Block", und je mehr die Ultramontanen gegen den für sie naturgemäß recht empfindlichen Stachel dieses Rechtes löken, desto heftiger werden sie sich in das eigene Fleisch stechen und dadurch die Größe ihrer Niederlage vor aller Augen nur um so offenkundiger machen. Das Gebaren des Zentrums bei der Schlußberatung des Börsengesetzes kann nur den bereits beim Vereinsgesetz zur Geltung gekommenen Eindruck verstärken, daß jeder sich blamiert, so gut er eben kann.

Das Börsengesetz verdankt seine jetzt von der Blockmehrheit angenommene Fassung vornehmlich der vermittelnden Tätigkeit des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber, der sich hauptsächlich um die Schaffung annehmbarer Kompromißbestimmungen für die **Effektenbörse** verdient gemacht hat. Durch die bisherigen gesetzlichen Vorschriften auf diesem Gebiete war ein Zustand geschaffen worden, der anerkanntermaßen durch die Möglichkeit einer moralisch nicht gerechtfertigten Erhebung des Differenzeinwandes vielfach schwere Verstöße gegen Treu und Glauben zeitigte; überdies wurde durch die unbeschränkte Freigabe des Börsenregisters für jedermann dem Eindringen zweifelhafter Elemente Tor und Tür geöffnet. Hierin ist jetzt Wandel geschaffen worden auf dreierlei Art. Einmal ist das Börsenregister, einer entschiedenen Forderung der sachmännischen Kreise entsprechend, gänzlich beseitigt und die Zulassung zum Terminhandel an der Effektenbörse nur noch an die Voraussetzung der Eintragung ins Handelsregister geknüpft, unter Einfügung der auf das energische Betreiben der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommenen Beschränkung, daß Personen, deren Gewerbebetrieb über den Umfang des Kleingewerbes nicht hinausgeht, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht zu den Kaufleuten im Sinne dieser Vorschrift gehören. Weiter ist das frühere grundsätzliche Verbot des Termingeschäftes in Anteilen von Bergwerks- oder Fabrikunternehmen durch gewisse dem Bundesrat erteilte Genehmigungsbefugnisse gemildert worden, und drittens endlich sind Kautelen gegen die auf Grund der früheren Erfahrungen beanstandeten Verstöße gegen Treu und Glauben bei verbotswidrigen Termingeschäften, in Gestalt von starken Beschränkungen des Rückforderungsrechtes, in das Gesetz aufgenommen worden. Für die **Produktenbörse** bedeutet das neue Gesetz insofern eine Verschärfung, als für die nach wie vor verbotenen Börsentermingeschäfte in Getreide besondere, in dem alten Gesetz fehlende Strafbestimmungen — Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. und Freiheitsstrafe für den Fall der Gewerbsmäßigkeit — eingeführt worden sind, während die verbotswidrigen Termingeschäfte in Wertpapieren und anderen Waren als Getreide von ähnlichen Strafvorschriften verschont geblieben sind. Gestattet sind an der Produktenbörse nur handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte in Getreide mit effektiver Ware zwischen Produzenten und Händlern. Um der Gefahr zu begegnen, daß gelegentlich auch legitime Lieferungsgeschäfte als verbotswidrig beurteilt werden, sind gewisse Bürgschaften nach dieser Richtung in das Gesetz eingefügt worden.

Die Gegensätze, die bei dem Börsengesetzentwurf aufeinander platzten, waren in ihrer Art bedeutend schwieriger zu überwinden als die bloß politisch gefärbten Meinungsverschiedenheiten bei der Vorlage über das Reichsvereinsrecht. Auch der Reichskanzler Fürst Bülow hat von vornherein gerade die wirtschaftlichen Hemmungsgründe, die einer gemeinsamen Arbeit der Blockparteien im Wege stehen, keineswegs unterschätzt, sondern in seinem Wahl-Silvesterbriefe mit besonderer Betonung auf sie hingewiesen. Je mehr es also gelingt, eine Annäherung und einen Ausgleich der wirtschaftlichen Anschauungen zwischen rechts und links herbeizuführen, desto höher steigen auch die Aussichten auf eine **dauernde ersprießliche Betätigung des Blocks** in allen großen Fragen der nationalen Gesetzgebung. Auch der beim Börsengesetz erzielte Erfolg ist um so höher einzuschätzen, weil er sich in der **siegreichen Befreiung vom Zentrumsjoche** auf dem so überaus schwierigen und vielfach scharf gegensätzlich zugespitzten **wirtschaftlichen** Felde bekundet. Wenn beim Vereinsgesetz vornehmlich die Freisinnigen wegen der Beschränkung ihrer doktrinären politischen Neigungen Lob verdienten, so waren es beim Börsengesetz in erster Reihe die Konservativen, denen volle und ungeschmälerte Anerkennung zuteil werden muß wegen des bemerkenswerten Freimutes, den sie bei der Beurteilung gewisser Mißstände des alten Gesetzes, wie sie namentlich mit Bezug auf das Börsenregister und das gänzliche Verbot des Terminhandels in Bergwerks- und Industriepapieren zutage getreten sind, bewiesen; ein objektives, sachlich wohltuendes Verhalten, das doppelt wirksam von der tendenziösen Zentrumsmanier abstach, die sich in allen möglichen Variationen des Schlagwortes von dem „Giftbaum" der Börse nicht genug zu tun wußte. Die konservative Mäßigung blieb auch auf der linken Seite des Hauses nicht ohne Zustimmung, die in der Bemerkung des freisinnigen Abgeordneten Kaempf zum Ausdruck kam, daß das, was er über das Börsenregister habe sagen wollen, schon von seinem konservativen Vorredner, dem Abgeordneten Roesicke, ausgeführt worden sei. Wenn schließlich die Regierung durch den Mund des preußischen Handelsministers ihre besondere Freude darüber zum Ausdruck brachte, daß die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken der verschiedenen nationalen Parteien auf dem Boden des Börsengesetzentwurfs sich im vollen Umfange erfüllt habe, so bleibt den Patrioten im Reiche nur der Wunsch hinzuzufügen, daß der Block von demselben Geiste klarer Einsicht in die von der politischen Gesamtlage erforderten Notwendigkeiten auch bei der noch zu lösenden Hauptaufgabe der nächsten Zukunft, der Reichsfinanzreform, geleitet werden möge.

„Monte Cristo" der beste Blutwein! In allen Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. April.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das **Herrenhaus** bereitete heute insofern noch eine Ueberraschung, als es die Stadterweiterungsvorlage für Kiel, die gestern im Abgeordnetenhause in allen drei Lesungen ohne ein Wort der Debatte angenommen worden war, mit großer Mehrheit ablehnte, und zwar, weil dem Gemeindevorsteher eines einzugemeindenden Ortes eine Entschädigung von 40 000 Mark in der Vorlage ausgesetzt ist. Der Nachtrags-Etat für die Teuerungszulagen wurde vom Herrenhaus ohne Debatte angenommen. Der Berichterstatter, Oberbürgermeister Ehlers-Danzig, wandte sich in seinem ausführlichen Referate in Uebereinstimmung mit der Kommission gegen den Wettlauf um die Gunst der Beamten und Lehrer seitens der Parteien in den Parlamenten. Es sei unbedingt unzulässig, die Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten so zu normieren, daß ein empfindlicher Unterschied gegenüber den freien Gewerbetreibenden vorhanden sei. Es sei unmöglich, das Staatswesen lediglich auf besoldete Beamte zu basieren. Es müsse auch Leute geben, die diese Besoldungen aufbringen und auf diese müsse deshalb auch Rücksicht genommen werden. Es hätten sich besondere Organisationen gebildet, die sich nicht etwa mit der Frage beschäftigten, wie die Leistungsfähigkeit für das Gemeinwesen zu steigern sei, sondern ausschließlich mit der Frage, welche Pflichten hat der preußische Staat, haben die Gemeinden, hat das Reich gegen die Beamten. Redner, der im übrigen die guten Eigenschaften unseres Beamtentums voll anerkannte, betonte zum Schluß namens der Kommission, daß es wünschenswert sei, daß die Staatsregierung bei ihren Vorlagen sowohl auf die Verhältnisse im Reiche, als auch in den Kommunalverbänden Rücksicht nähme und die Besoldungsvorlagen so gestalte, daß die Steuerzahler nicht zu schwer gedrückt werden. In der auf die Einzelsitzungen folgenden gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Landtages verlas Ministerpräsident Fürst v. Bülow die königl. Botschaft, durch die die **Session** des Landtages für **geschlossen** erklärt wird. Die Botschaft ist vom 28. März an Bord der „Hohenzollern" datiert. Die Einzelsitzungen sowie die gemeinsame Sitzung schlossen mit dreimaligen von dem Präsidenten ausgebrachten Hochrufen auf den König.

Von der Kaiserreise.

Korfu. Die „**Hohenzollern**" wird morgen vormittag 11 Uhr hier erwartet. Die **griechische Königsfamilie** geht sogleich an Bord der Kaiserjacht, wo ein Dejeuner stattfindet. Gegen 2 Uhr wahrscheinlich wird das **Kaiserpaar** mit dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin an Land gehen und nach festlicher Begrüßung durch den Gemeindevorstand die Fahrt nach Casturi und dem Achilleion antreten.

Prozeß Moschel.

München. (Priv.-Tel.) **Prozeß Moschel.** Vors.: Ich möchte den Angeklagten noch einmal fragen, ob Moschel ihn mit beiden Händen gepackt hatte oder nur mit einer Hand. — Angekl.: In dem Augenblick, als ich schoß, nur mit einer Hand, vorher hatte er mehrfach auch mit beiden Händen nach meinem Halse gegriffen. — Vors.: Dann hatte er also das Christbäumchen weggeworfen? — Angekl.: Ja.